

# Alternative für Deutschland

Landesverband Brandenburg  
- Landesgeschäftsstelle –



AfD Brandenburg, Schopenhauerstr. 27, 14467 Potsdam

Landesrektorenkonferenz

Vorsitzender  
Prof. Oliver Günther

---

## Beantwortung der Wahlprüfsteine (Landesrektorenkonferenz)

1. Wie beurteilt Ihre Partei den aktuellen Entwicklungsstand der brandenburgischen Hochschulen, insbesondere hinsichtlich Studienplatzkapazität, Fächerspektrum, Forschungsstärke sowie regionaler Verteilung?

Wichtig ist, dass Hochschulen ein Ort freier Diskussion in Lehre und Forschung bleiben. Die sich daraus ergebende kreative Umgebung und auch die Hochschulautonomie darf nicht durch politisch-ideologische Vorgaben eingeschränkt werden. Hier sei als Beispiel die Gender-Ideologie mit ihren Auswirkungen genannt. Das Merkmal wirklich innovativer Einsichten ist ja gerade das Nichtvorhergesehene – und dies kann nur an einem Ort freier Diskussion freigesetzt werden.

Für Brandenburg erachten wir folgende Punkte als eminent wichtig. Sie sollen Umsetzung priorisiert werden:

Die AfD hält es für geboten, einen Studiengang Humanmedizin an der BTU Cottbus-Senftenberg einzurichten. Die private Medizinische Hochschule Brandenburg wird nicht allein in der Lage sein, den Ärztemangel Brandenburgs abzudecken – die Landesregierung steht hier in der Verantwortung. Zudem sieht die AfD die vollzogene Fusion zur jetzigen Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenburg kritisch und fordert deren Aufhebung.

Problematisch ist, dass sich die Lehrerausbildung allein an der Universität Potsdam konzentriert und damit die berlinfernen Regionen von den positiven Effekten der dezentralen Lehrerausbildung nicht profitieren können. Außerdem muss ein Studiengang für Berufsschullehrer eingerichtet werden.

Die Studienanfängerquote ist, gerade im Hinblick auf die Heterogenität die Studienanfänger, zu hoch (s. Antwort 6). Zur besseren Studienqualität muss die Zahl der Studenten reduziert werden. Die dabei auftretenden Probleme der Hochschulfinanzierung müssen auch auf bundesweiter Ebene neu geregelt werden.

2. Wo sehen Sie Reformbedarf in Bezug auf das Brandenburgische Hochschulgesetz?

Hierzu erbitten wir Vorschläge der Landesrektorenkonferenz.

3. Wie stellen Sie sich die künftige Finanzierung der Brandenburger Hochschullandschaft vor, um ihre Wettbewerbsfähigkeit weiter zu steigern und exzellente Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu gewinnen und zu halten?

D wird nach Möglichkeit den Etat für Wissenschaft und Forschung ausweiten. Zugleich betonen wir: Der Begriff der „Exzellenz“ ist unscharf und abgenutzt und die Qualität der Hochschulen ist nicht allein eine Frage der Finanzen. Für Forschung und Lehre brauchen wir Wissenschaftler mit umfassenden Fachkenntnissen, Persönlichkeit und Verantwortungsbewusstsein. Echte Wissenschaftler haben vor allem eine intrinsische Motivation. Ihnen wird geholfen, wenn sie an der Hochschule wenig bürokratischen Aufwand und keine ideologischen Vorhaben finden. In diesem Zusammenhang seien als Beispiel die im Zuge des Bologna-Prozesses eingeführten Akkreditierungen genannt:

# Alternative für Deutschland

Landesverband Brandenburg  
- Landesgeschäftsstelle –



AfD Brandenburg, Schopenhauerstr. 27, 14467 Potsdam

Deren Durchführung, welche regelmäßig wiederholt werden muss, stellt einen unnötigen bürokratischen Aufwand dar.

4. Ein erheblicher Teil der so genannten Rücklagen der Hochschulen rt aus Verzögerungen im Hochschulbau. Was plant Ihre Partei, um die Realisierung von Hochschulbauvorhaben zu beschleunigen?

Hierzu erbitten wir Vorschläge der Landesrektorenkonferenz.

5. Wie planen sie die Hochschulen mit der zunehmenden Aufgabe bei der Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung für die Region (Third Mission) zu unterstützen? Welche hochschulrelevanten Maßnahmen der Standortförderung (z.B. Infrastrukturmaßnahmen, Gründungsförderung) planen Sie?

Die Hochschulen werden ihrer gesellschaftlichen Verantwortung am besten als Orte akademischer Freiheit und Vielfalt gerecht. Es gibt keinen Grund, die sich daraus ergebende positive Ausstrahlung auf die Region sowie die Zusammenarbeit mit Kommunen und Unternehmen zusätzlich mit dem aufgeladenen Begriff der „Third Mission“ vermarkten zu wollen. Dieser Aktionismus verschwendet Geld, das anderswo an den Hochschulen sinnvoller eingesetzt werden kann.

6. Die Studienanfängerquote ist in Deutschland von 36,1% im Jahr 2001 auf 55,9% im Jahr 2018 gestiegen. Dies führt zu einer zunehmenden Heterogenität der Studierendenschaft. Welche Vorstellungen haben Sie vor diesem Hintergrund, um den Übergang von Schule zu Hochschule bzw. zwischen Beruf und Hochschule erfolgreich zu gestalten?

Die Studienanfängerquote ist zu hoch. So löblich die Maßnahmen der Hochschulen auch sind, um der „Heterogenität“ der Studienanfänger zu begegnen, zum Beispiel durch ein- bis zweisemestrige Studienkollegs: Mit dem Abitur war bisher die Hochschulreife verbunden, was eine Studierfähigkeit einschloss. Wenn die Studierfähigkeit bei einzelnen Studenten nicht gegeben ist, lassen sich Versäumnisse aus 13 Jahren Schulbildung nicht in der kurzen Zeit von ein bis zwei Semestern aufholen. Das Thema der Studierfähigkeit hängt letztlich eng mit der zu hohen Abiturientenquote zusammen. Sie überlastet die Hochschulen, während dringend benötigte Fachkräfte etwa in Handwerksbetrieben fehlen. Um der „Heterogenität“ zu begegnen, müssen die einzelnen Schulabschlüsse wieder ihren alten Wert erlangen, ebenso die berufliche Ausbildung.

7. Welche Konzepte haben sie, um die soziale Situation der Studierenden (sinkender Anteil der BAföG-Förderquote, Wohnungsmangel, zu wenige Mensaplätze etc.) zu verbessern und so auch Studierenden aus Nicht-Akademikerhaushalten ein erfolgreiches Studium zu ermöglichen?

Es ist fraglich, ob sich die soziale Situation der Studenten aus dem gesamtgesellschaftlichen Kontext einfach herauslösen lässt: So hängt der Wohnungsmangel, der Studenten betrifft, zum einen mit der allgemeinen Wohnungssituation in Ballungsgebieten zusammen – dies betrifft aber nicht alle Hochschulorte. Wo Wohnungsmangel ein grundsätzliches Problem darstellt, ist die kommunale bzw. Landesplanung gefragt. Zum anderen könnte der Wohnungsmangel auch dadurch entschärft werden, wenn die Zahlen der Studienanfänger gesenkt würden, wie in Antwort 6 beschrieben. Die erst 2012 gestrichenen Anreize bei der BAföG-Förderung, die zusätzliche Schuldenerlasse bei schnellen Studium oder besonders guten Studienleistung umfassten, sollen wieder in das Förderprogramm aufgenommen werden.

# Alternative für Deutschland

Landesverband Brandenburg  
- Landesgeschäftsstelle –



AfD Brandenburg, Schopenhauerstr. 27, 14467 Potsdam

8. Soll der erste berufsqualifizierende Abschluss gebührenfrei bleiben? Welche Vorstellungen haben Sie zur Stärkung der Weiterbildung an staatlichen Hochschulen? Soll Weiterbildung durchweg gebührenpflichtig sein?

Die AfD sieht derzeit keinen Bedarf an der Einführung von Studiengebühren für den ersten berufsqualifizierenden Abschluss. Gerade die vor wenigen Jahren überstürzte Einführung und darauffolgende Rücknahme der Studiengebühren für ein Erststudium in vielen Bundesländern zeigt, dass ein solcher Schritt nicht unüberlegt und nicht aus den falschen Motiven durchgeführt werden darf. Für Studiengänge, die nicht der grundlegenden wissenschaftlichen Ausbildung, sondern der beruflichen Weiterbildung dienen, gibt es keinen Grund, von den jetzigen Bezahlungsmodalitäten zu abzuweichen.

9. Brandenburg als internationaler Hotspot: Mit welchen Mitteln fördern Sie die Hochschulen auf ihrem Weg zur Internationalisierung? Welche Vorstellungen hat Ihre Partei zur Stärkung der Willkommenskultur?

Seit Beginn ihrer Gründung waren die europäischen Hochschulen Orte internationalen Austauschs. Ob im 14. oder im 20. Jahrhundert: Es bedurfte keiner speziellen Programme zur Internationalisierung oder der Willkommenskultur. Auch vor Beginn des Bologna-Programms konnten Studenten weltweit studieren und sich ihre gesammelten Erfahrungen an der heimischen Universität anrechnen lassen. Lässt man den Hochschulen ihre akademische Freiheit und ihr spezifisch regionales und nationales Lehr- und Forschungsprofil, werden sie gerade deswegen attraktiv für ausländische Studenten bleiben.

10. Welche Maßnahmen sieht Ihre Partei als wichtig an, um die nationale Strategie für Künstliche Intelligenz der Bundesregierung für Brandenburg auszulegen?

Grundsätzlich sehen wir das Problem, dass die Bundesregierung den internationalen technologischen Entwicklungen hinterherläuft. Wenn die Hochschulen in Brandenburg Forschung zur künstlichen Intelligenz relevant halten, können sie diese Forschung im Rahmen ihrer Autonomie fördern. Darüber hinaus erachten wir es als zwingend an, Unternehmensgründungen im Bereich der Zukunftstechnologien zu erleichtern und Förderungen auszubauen. Bei einer so weitreichenden und in die Gesellschaft eingreifenden Technologie wie der Künstlichen Intelligenz, ist es unabdingbar, eine offene Diskussion zu führen, bei der neben der berechtigten Erörterung der Risiken auch die jeweiligen Chancen in den Fokus gerückt werden.